

### INHALT

- |  |   |
|--|---|
| <b>15.</b> Breitbandoffensive Tirol  | <b>18.</b> Abgabenertragsanteile<br>der Gemeinden Jänner bis April 2014 |
| <b>16.</b> Gesetz über die risikoaverse<br>Finanzgebarung – Information, Aktuelles |   |
| <b>17.</b> Abgabenertragsanteile<br>der Gemeinden April 2014                       | Verbraucherpreisindex für Februar 2014<br>(vorläufiges Ergebnis)        |

## 15.

### Breitbandoffensive Tirol

Der Breitbandausbau wird zunehmend zu einer Standortfrage für das Land Tirol. Die gute Breitbandversorgung bietet eine Grundlage für die Erhaltung und Ansiedlung von Betrieben aus Wirtschaft und Tourismus und sichert und schafft somit Arbeitsplätze. In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, welche Regionen Europas auf die Datenautobahn aufspringen können. Das Land Tirol hat bereits flächendeckend im Dauersiedlungsraum die Grundversorgung mit 2 MBit/sec realisieren können. Doch das reicht angesichts des rasanten Wachstums des Datenvolumens nur für kurze Zeit aus.

In der Digitalen Agenda für Europa der Europäischen Union (Strategie Europa 2020) wird für alle Einwohner der Zugang zu Internetgeschwindigkeiten von über 30 MBit/sec und für mindestens 50% aller Haushalte der Zugang zu ultraschnellen Internetgeschwindigkeiten von über 100 MBit/s gefordert. Ebenso wird im Rahmen des Breitband-Masterplanes für Tirol die Breitbandversorgung von Haushalten und Betrieben mit hochwertiger, nachhaltiger und kostengünstiger Breitband-Infrastruktur bis zum Jahr 2020 grundgelegt. Dabei werden u. a. drei Zielrichtungen verfolgt:

**Ziel 1:** Bis 2013 – Herstellung einer Grundversorgung im Dauersiedlungsraum mit Breitband-Internet mit mindestens 2 MBit/s.

**Ziel 2:** Bis 2020 – Versorgung der Haushalte und Betriebe mit schnellem (mindestens 30 MBit/s) und davon 50% mit ultraschnellem (mindestens 100 MBit/s) Internet.

**Ziel 3:** Bis 2020 – Gemeinden verfügen über einen erschwinglichen Internet-Übergabepunkt für ihre Ortsnetze.

Dafür wurden im letzten Jahr von Landesseite Fördermittel in Höhe von € 4,5 Mio. aufgewendet.

Wie schon erwähnt konnte das Ziel 1 bereits realisiert werden. Das Ziel 2 und Ziel 3 und den damit verbundenen Technologiesprung möchte Tirol bereits zwei Jahre früher als in der Digitalen Agenda für Europa 2020 und im Tiroler Breitband-Masterplan gefordert, bis 2018 schaffen. Deswegen hat die Tiroler Landesregierung am 1. April 2014 für den Breitbandausbau Budgetmittel von jährlich 10 Mio. Euro beschlossen. In den kommenden fünf Jahren werden 50 Mio. Euro in die Hand genommen, damit das schnelle Internet in allen Gemeinden Tirols zur Verfügung steht. Das ist einerseits ein Standortvorteil für die Wirtschaft und andererseits die zukünftig notwendige Anbindung der Tiroler Haushalte an die Datenautobahn.

Da in den Ballungszentren die Verfügbarkeit von ultraschnellem Internet bereits heute im hohen Maß gegeben ist, muss der Ausbau in ländlichen Gebieten mit Fördermitteln vorangetrieben werden.

#### Neue Förderrichtlinien

Daher hat die Tiroler Landesregierung zudem folgende Änderungen der Breitbandrichtlinien festgelegt:

Die Richtlinie Förderung von Gemeinden zur Errichtung von passiven Breitband-Infrastrukturen wurden dahingehend abgeändert, dass der Fördersatz von ursprünglich 40%

auf 50 % angehoben wird. Zusätzlich wird im Fall der Erstantragstellung ein Startbonus im Ausmaß von 10% gewährt. Darüber hinaus wird in diesem Zug der Umfang der förderbaren Investitionen ausgeweitet. Nun sind auch Ausgaben für Beratungsleistungen, Planungsleistungen, Gemeinde-Eigenleistungen und Abgeltung von Dienstbarkeiten förderbar, welche im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Breitbandausbau stehen. Neu hinzugekommen ist ebenso die Förderung der Nutzung und des Kaufs von bestehenden Breitband-Infrastrukturen, mit dem Zweck Synergien auszuschöpfen und den Breitbandausbau effizienter zu gestalten.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Gemeindeausgleichsfonds Mittel in Höhe von jährlich 2,5 Mio. Euro zur Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden in Form von Bedarfszuweisungen vorgesehen.

Durch diese Neuerungen soll verstärkt der Anreiz geschaffen werden, Gemeinden zu Investitionen in passive Breitband-Infrastrukturen (LWL-/Glasfasernetze) zu motivieren und die künftige Verfügbarkeit von passiven Breitband-Infrastrukturen als Grundlage für ultraschnelles Breitband-Internet in der jeweiligen Gemeinde zu gewährleisten. Insbesondere durch den Startbonus in Höhe von 10% sollen Gemeinden in der ersten Ausbauphase bei der Umsetzung von Breitbandprojekten stärker unterstützt werden und damit die Verfügbarkeit von ultraschnellem Breitbandinternet in Tirol beschleunigt werden.

Die Richtlinie Förderung von betrieblichen Breitbandanschlüssen wird dahingehend abgeändert, dass der Fördersatz von ursprünglich 40% auf 50% angehoben und die Mindestbemessungsgrundlage von € 10.000,- Euro auf € 5.000,- gesenkt wird. Generell werden Glasfaser-Anbindungen gefördert, darüber hinaus sind nunmehr ebenso alternative betriebliche Breitband-Anbindungen (z. B. über Richtfunk) in begründeten Fällen förderbar. Die Förderung soll dadurch einer höheren Anzahl von Unternehmen, die auf eigene Initiative hin Investitionen in betriebliche Breitbandanschlüsse

tätigen, insbesondere auch in Kooperation mit anderen Unternehmen, zur Verfügung stehen.

### **Wann soll eine Gemeinde auf alle Fälle selbst aktiv werden?**

Eine Gemeinde sollte sich intensiver mit Breitband auseinandersetzen, wenn

- Telekommunikationsunternehmen nur mit öffentlicher Hilfe bereit sind zu investieren,
- eine Unterversorgung vorliegt oder sich abzeichnet,
- Reklamationen von Bürgerinnen und Bürgern vorliegen oder sich abzeichnen,
- sich neue Betriebe ansiedeln, die ultraschnelles Internet brauchen,
- neue Gewerbe- oder Wohngebiete erschlossen werden,
- Tiefbaumaßnahmen anstehen (z. B. Siedlungswasserbau, Fernwärmeversorgung, Gasversorgung, Straßensanierungen),
- es unzureichende regionale Anbindungen also Zubringerleitungen oder Verbindungsstrecken zwischen weiter auseinander liegenden Ortsteilen gibt.

#### **Fakten:**

Förderperiode 2014 bis 2018

50 Mio. Euro für den Breitband-Ausbau in Tirol

Förderung der Gemeinden mit bis zu 60%

Förderung von betrieblichen Breitbandanschlüssen mit bis zu 50 %

#### **Kontakt:**

Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wirtschaft und Arbeit, Fachbereich Breitbandausbau und Technologieförderung, Heiliggeiststraße 7–9, 6020 Innsbruck,

E-Mail: [wirtschaft.arbeit@tirol.gv.at](mailto:wirtschaft.arbeit@tirol.gv.at)

Ing. Helmut Heis, Tel. 0512 508 3216

Mag. Jakob Egg, Tel. 0512 508 2411

Ing. Helmut Heis, Mag. Jakob Egg  
Abteilung Wirtschaft und Arbeit

# 16.

## Gesetz über die risikoaverse Finanzierung – Information, Aktuelles

Im Folgenden erfolgen neuerlich Informationen über den Anwendungsbereich und den Inhalt des Gesetzes über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol (LGBl. Nr. 157/2013), welche aufgrund der Erfahrungen in den ersten Monaten der Geltung des Gesetzes sinnvoll scheinen. Detaillierte Ausführungen sind dem Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe November 2013, Nr. 44, sowie der Aussendung vom 27. Februar 2014 an die Gemeinden zur Ausnahmeregelung für Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohner zu entnehmen.

### Geltungsbereich:

Vom Geltungsbereich des Gesetzes sind alle Gemeinden und Gemeindeverbände in Tirol erfasst. Bei ausgegliederten Rechtsträgern ist entsprechend der rechtlichen Möglichkeit (etwa in den Gesellschaftsverträgen oder durch Gesellschafterweisung) dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen des Gesetzes eingehalten werden.

### Inhalt:

Risikoaverse Finanzgebarung heißt, dass bei der Finanzierung und Veranlagung von öffentlichen Mitteln alle vermeidbaren Risiken von vornherein auszuschließen oder dann, wenn dies nicht möglich ist, auf ein Mindestmaß zu beschränken sind. Die Risikominimierung hat jedenfalls Vorrang vor einer Ertrags- oder Kostenoptimierung.

Der im Gesetz erwähnte Begriff Finanzgeschäft bezieht sich auf die **Mittelbeschaffung**, die **Bewirtschaftung einer Finanzierungsverpflichtung** und die **Veranlagung von Geldmitteln**, wobei zu beachten ist, dass sämtliche Finanzgeschäfte nur in Euro abgeschlossen werden dürfen.

Unter **Mittelbeschaffung** versteht man die Fremdfinanzierung durch Aufnahme von Krediten bzw. Darlehen. Die Absicherung der Zinsen des Grundgeschäfts darf durch einen „Cap“ (Zinsabsicherungsinstrument zur Begrenzung der Zinsobergrenze) erfolgen. Andere derivative Finanzinstrumente sowie eine Fremdfinanzierung zum Zweck der Veranlagung sind nicht zulässig.

Unter der Bewirtschaftung einer Finanzierungsverpflichtung fallen Umschuldungen bestehender Kredite oder die Veränderung von Konditionen während der Laufzeit.

Eine **Veranlagung** ist in Form von Sicht- und Spareinlagen, Termineinlagen, Pfandbriefen, Anleihen von inländischen Gebietskörperschaften und Anleihen von Banken mit einem Mindestrating „investment grade“, die nach den Rechtsvorschriften eines EU-Mitgliedstaates oder eines an-

deren Vertragsstaates des EWR-Abkommen gegründet wurden und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem dieser Staaten haben, möglich. Bei Anleihen muss eine Rückzahlung zum Nominale am Ende der Laufzeit vorgesehen sein.

**Wichtig:** Die **Aufzählung der verschiedenen Veranlagungsformen** in § 6 leg. cit. **ist abschließend**; das heißt, dass **alle anderen Finanzprodukte zum Zweck der Veranlagung nicht gekauft werden dürfen**.

**Nicht zulässig** sind somit etwa:

- Wertpapierfonds,
- Unternehmensanleihen  
(mit Ausnahme der oben angeführten Bankanleihen)
- Lebensversicherungsprodukte zu Veranlagungszwecken

Für Altbestände, also Produkte, die vor dem 31. Dezember 2013 erworben wurden, gilt, dass sie bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden dürfen. Bringt ein zum Altbestand gehörendes Produkt wiederkehrende Zahlungsverpflichtungen mit sich, sind diese weiterhin zulässig.

Keine Finanzgeschäfte stellen Beteiligungen einer Gebietskörperschaft an Unternehmen dar, wenn diese im öffentlichen Interesse und aus strategischen Erwägungen erfolgen („strategische Beteiligung“). Im Vordergrund steht dabei die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der sog. Daseinsvorsorge.

### Vier-Augen-Prinzip:

Nach dem im Gesetz vorgesehenen Vier-Augen-Prinzip haben zwei dem jeweiligen Rechtsträger zuordenbare qualifizierte Personen eine Empfehlung an das für die endgültige Entscheidung über den Abschluss des Finanzgeschäftes zuständige Organ einvernehmlich abzugeben. Als qualifizierte Personen kommen nur Bedienstete des jeweiligen Rechtsträgers in Frage. Bei Gemeindeverbänden, die nicht über zumindest zwei qualifizierte Bedienstete verfügen, können Bedienstete der verbandsangehörigen Gemeinden herangezogen werden.

Zur Dokumentation dieser Empfehlung wurden zwei Formulare zur Verfügung gestellt, eines für Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern und ein weiteres für Gemeinden ab 2.000 Einwohnern sowie Gemeindeverbände. Da die Empfehlung als Entscheidungsgrundlage für den Abschluss dient, ist darauf zu achten, dass die Prüfung der Angebote und die Empfehlung zeitlich jedenfalls vor dem Beschluss des für den Abschluss zuständigen Organs zu erfolgen hat.

Ohne Abgabe dieser Empfehlung können Beschlüsse von Gemeinde- oder Gemeindeverbandsorganen zur Aufnahme einer Finanzierung aufsichtsbehördlich nicht genehmigt werden, die Dokumentation ist daher der Gemeindeaufsichtsbehörde vorzulegen.

Damit eine Empfehlung von den Bediensteten abgegeben werden kann, müssen mindestens drei Angebote eingeholt werden. Bei der Neuaufnahme eines Darlehens heißt das, dass drei Darlehensgeber zur Erstellung eines schriftlichen Finanzierungsangebots eingeladen werden müssen. Aus den vorliegenden Angeboten ist dann jenes auszuwählen, das aus Sicht der Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes den Grundsätzen des Gesetzes über die risikoaverse Finanzgebarung am besten entspricht. Dieses Angebot ist dann als Empfehlung an das für den Abschluss des Finanzgeschäfts zuständige Organ zu richten. Das Vier-Augen-Prinzip und die damit verbundene Dokumentationspflicht gilt nicht nur für Finanzierungen, sondern auch für sämtliche Formen von Veranlagungsgeschäften gemäß § 6 leg. cit.

Bei Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern muss eine solche Empfehlung nur bei Veranlagungsgeschäften ab-

gegeben werden, wenn ein jährliches Volumen von 20 Prozent der Einnahmen des Abschnittes 92 des Rechnungsabschlusses des zweitvorangegangenen Jahres überschritten wird. Es kann bei diesen Gemeinden somit die Empfehlung entfallen. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes gelten jedoch uneingeschränkt.

Für Gemeindeverbände gilt die Ausnahmeregelung vom Vier-Augen-Prinzip nicht, das heißt, dass sämtliche Bestimmungen des Gesetzes für sie zur Anwendung kommen.

#### **Berichtspflicht:**

Die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband hat jährlich einen Bericht zu erstellen über alle neu getätigten Transaktionen zur Finanzierung des jeweiligen Haushalts und zum Schuldenstand. Die Berichte sind bis 31. Mai des Folgejahres an die Landesregierung zu übermitteln. Zusätzlich ist bis zum 31. Mai 2015 ein Bericht über die gesamten mit dem Ablauf des 31. Dezember 2013 bestehenden Transaktionen zu übermitteln.

Über Form und Inhalt der Berichte werden die Gemeinden und Gemeindeverbände zeitgerecht informiert.

# 17.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2014

Ertragsanteile an	April		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	5.965.035	5.803.025	-162.011	-2,72
Lohnsteuer	16.244.602	19.256.967	3.012.365	18,54
Kapitalertragsteuer	616.254	760.613	144.360	23,43
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.025.528	673.845	-351.683	-34,29
Körperschaftsteuer	10.952.030	10.964.349	12.320	0,11
Abgeltungssteuern Schweiz	0	107.591	107.591	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	4.238	1.429	-2.809	-66,28
Stiftungseingangssteuer	6.274	10.402	4.128	65,79
Bodenwertabgabe	118.129	137.945	19.816	16,77
Stabilitätsabgabe	902.951	645.097	-257.854	-28,56
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>35.835.042</b>	<b>38.361.265</b>	<b>2.526.223</b>	<b>7,05</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	21.770.044	22.628.271	858.227	3,94
Abgabe von alkoholischen Getränken	25	50	25	102,09
Tabaksteuer	1.267.237	1.243.634	-23.603	-1,86
Biersteuer	48.133	41.559	-6.574	-13,66
Mineralölsteuer	1.855.947	1.897.603	41.656	2,24
Alkoholsteuer	102.939	115.064	12.125	11,78
Schaumweinsteuer	761	1.046	285	37,37
Kapitalverkehrsteuern	25.428	42.408	16.979	66,77
Werbeabgabe	320.998	306.900	-14.098	-4,39
Energieabgabe	941.990	584.786	-357.204	-37,92
Normverbrauchsabgabe	308.353	345.269	36.916	11,97
Flugabgabe	69.333	67.526	-1.807	-2,61
Gründerwerbsteuer	8.874.489	6.976.099	-1.898.390	-21,39
Versicherungssteuer	874.134	777.910	-96.224	-11,01
Motorbezogene Versicherungssteuer	983.442	1.246.041	262.599	26,70
KFZ-Steuer	81.573	81.507	-65	-0,08
Konzessionsabgabe	146.559	165.054	18.495	12,62
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>37.671.385</b>	<b>36.520.726</b>	<b>-1.150.659</b>	<b>-3,05</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>36.792.302</b>	<b>35.641.643</b>	<b>-1.150.659</b>	<b>-3,13</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>72.627.343</b>	<b>74.002.907</b>	<b>1.375.564</b>	<b>1,89</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.829.935	6.031.492	201.557	3,46
Werbesteuerausgleich	51.538	49.210	-2.329	-4,52
Werbeabgabe nach der Volkszahl	269.460	257.690	-11.770	-4,37
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 18.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2014

Ertragsanteile an	Jänner - April		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	14.177.988	17.225.049	3.047.060	21,49
Lohnsteuer	78.244.621	83.324.986	5.080.365	6,49
Kapitalertragsteuer	3.363.715	3.856.003	492.288	14,64
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.534.847	2.323.684	-211.163	-8,33
Körperschaftsteuer	23.838.269	26.582.066	2.743.797	11,51
Abgeltungssteuern Schweiz	0	383.193	383.193	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	37.702	85.320	47.618	126,30
Stiftungseingangssteuer	43.105	32.218	-10.887	-25,26
Bodenwertabgabe	272.733	249.911	-22.822	-8,37
Stabilitätsabgabe	1.923.407	1.672.350	-251.057	-13,05
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>124.436.388</b>	<b>135.734.780</b>	<b>11.298.392</b>	<b>9,08</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	81.883.987	83.883.201	1.999.215	2,44
Abgabe von alkoholischen Getränken	79	109	30	38,34
Tabaksteuer	5.233.320	5.314.109	80.790	1,54
Biersteuer	590.724	488.714	-102.010	-17,27
Mineralölsteuer	13.779.992	11.930.050	-1.849.942	-13,42
Alkoholsteuer	480.443	544.768	64.325	13,39
Schaumweinsteuer	3.674	3.477	-197	-5,37
Kapitalverkehrssteuern	172.536	246.226	73.690	42,71
Werbeabgabe	1.466.564	1.447.324	-19.239	-1,31
Energieabgabe	3.149.622	3.366.039	216.417	6,87
Normverbrauchsabgabe	1.380.950	1.342.778	-38.172	-2,76
Flugabgabe	333.109	299.614	-33.495	-10,06
Grunderwerbsteuer	28.597.648	28.988.901	391.253	1,37
Versicherungssteuer	3.129.003	3.095.920	-33.083	-1,06
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.326.380	3.792.823	466.443	14,02
KFZ-Steuer	161.195	178.436	17.241	10,70
Konzessionsabgabe	869.303	829.859	-39.444	-4,54
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>144.558.527</b>	<b>145.752.348</b>	<b>1.193.820</b>	<b>0,83</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	3.516.333	3.516.333	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>141.042.194</b>	<b>142.236.014</b>	<b>1.193.820</b>	<b>0,85</b>
Kunstförderungsbeitrag	41.243	41.709	466	1,13
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>265.519.825</b>	<b>278.012.504</b>	<b>12.492.679</b>	<b>4,70</b>
Zwischenabrechnung **)	6.143.123	1.148.232	-4.994.891	-81,31
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>271.662.948</b>	<b>279.160.736</b>	<b>7.497.788</b>	<b>2,76</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	21.918.216	22.339.451	421.234	1,92
Getränkesteuerausgleich **)	634.876	118.400	-516.476	-81,35
Summe Getränkesteuerausgleich	22.553.092	22.457.851	-95.242	-0,42
Werbesteuerausgleich	235.466	232.071	-3.395	-1,44
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.231.097	1.215.254	-15.844	-1,29
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.003.340	1.003.340	0	0,00

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2014

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2014 (endgültig)	Februar 2014 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	108,3	108,5
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,6	118,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	131,2	131,4
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	138,0	138,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	180,4	180,8
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	280,5	281,0
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	492,2	493,1
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	627,2	628,3
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	629,2	630,4

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Februar 2014 beträgt 108,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2014 um 0,2% gestiegen (Jänner 2014 gegenüber Dezember 2013: - 0,8%). Gegenüber Februar 2013 ergibt sich eine Steigerung um 1,5% (Jänner 2014/2013: +1,6%).

### MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck